

TOP 5

Antrag der FDP-Fraktion vom 29.11.2009 bzgl. gemeindlicher Verhaltensweise gegenüber "Google Street View" (Empfehlung HFA vom 10.11.2009)

Bgm. Berens berichtete von der fraktionsübergreifenden Erarbeitung eines Beschlussvorschlages im HFA, mit dem die Gemeinde ihre Bürger aufklären werde.

GR Lindemann ergänzte, dass mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag ein klares Signal an Google gesendet werde, den Datenschutz einzuhalten. Durch den geplanten Beschluss würden die Bürger ihre Rechte besser kennen lernen und könnten sie unbürokratisch gegenüber Google einfordern. Sodann beschloss der Gemeinderat einstimmig:

1. Die Verwaltung nimmt Kontakt zu Google Deutschland auf, um festzustellen, ob und wann Aufnahmen in unserer Gemeinde stattfinden. Hierüber werden die Bürger rechtzeitig informiert.
2. Die Überwachung des fließenden Straßenverkehrs fällt nicht in die Zuständigkeit der Gemeinde Hövelhof.
3. Google hat zugesagt, sensible Daten wie Kfz.-Kennzeichen, Gesichter und Hausnummern unkenntlich zu machen. Sollte sich Google an diese Zusage nicht halten, so soll öffentlicher Druck auf Google ausgeübt werden.
4. Auf der Internetseite der Gemeinde sollen Hinweise angebracht werden, wie die Bürger ihr persönliches Widerspruchsrecht wahrnehmen können.
5. Die Darstellung des Rathauses, der Kindergärten, Schulen und sonstiger öffentlicher Einrichtungen wird als Standortvorteil gesehen. Die Gemeinde wird ihre Gebäude und Einrichtungen nicht unkenntlich machen.